

Name: Bernhard Franke
Kommune: Gemeinde Petershausen
Partei: SPD

1. In welcher Kapazität stehen in Ihrer Gemeinde Sozialwohnungen und Obdachlosenunterkünfte für betroffene BürgerInnen zur Verfügung?

Sozialwohnungen mit eigenem Belegungsrecht: 5
Sozialwohnungen mit Belegungsrecht der Kreiswohnbaugesellschaft: 6
Obdachlosenunterkünfte: maximal für 9 Personen

2. Wie planen Sie der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden?

Derzeit ist das Bebauungsgebiet Rosenstraße mit insgesamt etwa 200 Wohneinheiten in Planung, was Wohnraum für etwa 500 Personen bedeutet. Ich gehe davon aus, daß die Wohnungen in einem Zeitraum von 10 Jahren erstellt werden, so dass jährlich für etwa 50 Personen Wohnungen entstehen. Dieses Angebot an neuen Wohnungen wirkt Preis stabilisierend. In Zusammenarbeit mit dem Kreiswohnbauwerk möchte ich die Anzahl der Sozialwohnungen in Petershausen vergrößern. Durch sinnvolle Umwandlung von Ackerland in Bauland soll weiterer Wohnraum geschaffen werden, um dadurch zu verhindern, dass Wohnraum knapp und dadurch teuer wird.

3. Inwieweit ist die Nachfrage der BewohnerInnen Ihrer Kommune nach Kinderbetreuungsangeboten gedeckt?

Bitte antworten Sie in %-Angaben, 100% bedeuten, dass noch Spielraum für Neuzuzüge oder Notfälle besteht.

Krippe	80%
Kindergarten	95%
Hort	100% s.u.
Ganztagsschule	Einführung ist beschlossen, wahrscheinlich erst ab 2018 nach Um-, oder Neubau realisierbar

Welche Änderungen oder Erweiterungen betreffend Kinderbetreuungsangebote planen Sie?

Der Waldkindergarten kann im nächsten Kindergartenjahr seine Öffnungszeiten verlängern, weil ein 2. Wagen und Heizungen ergänzt wurden, wodurch sich seine Kapazität im Vergleich zur derzeitigen Belegung um 2/3 erhöhen wird.
Der Hort könnte mehr Kinder betreuen, wenn derzeit fehlendes Personal eingestellt werden kann.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie um in Ihrer Gemeinde in Zukunft Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus zu fördern? Wie und in welchem Zeitrahmen könnten diese praktisch umgesetzt werden?

Die Förderung von Bildungsgerechtigkeit ist in erster Linie Sache der Landespolitik, und die hat hier versagt, wie man schon an Schlagworten wie G8, Übertritt, Lehrermangel erkennt. Die Gemeinde will Bildungsgerechtigkeit dadurch fördern, dass sie Ganztagsklassen an der Grundschule einführt und so ein zusätzliches umfassendes Unterrichtsangebot schafft. Wahrscheinlich sind Ganztagsklassen erst nach dem Schulumbau oder -neubau ab 2018 realisierbar ist, möglicherweise aber mit einer Zwischenlösung, etwa durch Nutzung von Containern, schon früher. Für Fremdsprachige fördern Deutschkurse für Kind und Eltern Bildungsgerechtigkeit. Sie können praktisch sofort umgesetzt werden, wenn Kursangebote gemacht und angenommen werden. Wichtig für die Kinder sind auch Mittagsbetreuung und Hort, die bereits bestehen.

5. Welche konkreten Maßnahmen könnten auf kommunaler Ebene getroffen werden um dem Thema Altersarmut zu begegnen bzw. es zu entschärfen?

Auf kommunaler Ebene können bei bestehender Altersarmut gute Beratungsangebote gemacht werden, um über die Rechte bei Wohngeld, Zuschüssen, Gebührenbefreiungen oder anderen Vergünstigungen zu informieren. Hierbei sollten Sprechstage von Mitarbeitern des Landratsamts in der Gemeinde eingerichtet werden, da Hilfsangebote vielfach in den Aufgabenbereich des Landkreises fallen. Hohe Mietausgaben tragen zu Altersarmut bei. Dem kann die Gemeinde vorstehend ausgeführt mit ihren Möglichkeiten entgegenwirken.

Auf kommunaler Ebene kann durch gute Schulangebote und Kinderbetreuungsmöglichkeiten bessere Bildung gefördert werden, die Basis für gutes Einkommen ist und somit durch höhere Alterseinkommen Altersarmut begegnet.

6. Die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ ist für alle Bürger ein Grundbedürfnis. Gibt es in Ihrer Gemeinde/Partei/Wählergruppe schon Ideen, wie zukünftig möglichst alle - auch finanziell schlechter gestellte - Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können? (Kultur, Geselliges, „mal einen Kaffee trinken gehen“, Sport,...)

Die SPD möchte gerne die Glonn für Menschen zugänglich machen und dadurch ein Erholungsgebiet für alle schaffen und ein Bürgerhaus errichten, in dem vielfältiges Kulturleben für alle stattfindet. Petershausen hat ein reichhaltiges Vereinsleben. Die Gemeinde könnte zu einer besseren Vernetzung der Vereine beitragen, wodurch das gesellschaftliche Leben an damit auch die Teilhabemöglichkeit an Kultur, Geselligem und Sport gefördert wird.

7. Stellt Ihre Gemeinde Unterkünfte für Asylbewerber zur Verfügung oder gibt es Pläne, sich in diesem Bereich zu engagieren? Würden Sie langfristige Pläne unterstützen, Asylbewerberunterkünfte in Ihr Gemeindeleben zu integrieren? In welcher Weise würden Sie die Integration von Asylbewerbern in ihr neues Lebensumfeld unterstützen?

Ich würde Pläne unterstützen, im Zusammenwirken mit anderen Landkreisgemeinden Asylbewerberunterkünfte zu schaffen. Für die Integration von Asylbewerbern ist Verständigung wichtig. Ich würde daher von Anfang an auf die Vermittlung von Sprachkenntnissen Wert legen.

8. Was gehört für Sie zu einem „Leben in Würde“ (bezogen auf das Thema Armut)? Welche Möglichkeiten sehen Sie um mit Ihrem angestrebten politischen Amt ein solches zu fördern?

Zu einem Leben in Würde gehört, dass man über seine Rechte bei Wohngeld, Zuschüssen, Gebührenbefreiungen oder anderen Vergünstigungen informiert ist, um sich nicht als Bittsteller zu fühlen. Ich würde dies dadurch fördern, dass ich mich für umfassende Beratungsangebote einsetze.

9. Was wollen Sie nach der kommenden Legislaturperiode in Ihrem Amt für Ihre Kommune im sozialen Bereich erreicht haben?

Barrierefrei Kulturräume, behindertenfreundliche Gehwege, mehr bezahlbaren Wohnraum, ein neues JUZ und neue Jugendtreffpunkte, ein Erholungsgebiet an der Glonn, den Ausbau der Geh- und Radwege auf Basis der Radwegekonferenz 2009.